

2. APR. 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24884 - 88
Fernschreiber 0634890

P/XIV/74 - 2. April 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	"Wie sich die Bilder gleichen" Jetzt "Stufenplan" der Westalliierten	40
2	Bilanz der Informationsgespräche in Jugoslawien Von Ludwig Metzger, MdB	55
3 - 4	Soziale Unruhe in Belgien Nach den Streiks in Kohlenrevier Von unserem Korrespondenten in Brüssel	37
5	Deutsches Geld für den Krieg in Algerien ? Eine merkwürdige Kombination	34
6	Geschichtsklitterung ! Franco und das bundesdeutsche Fernsehen	53

* * * * *
* * *

"Wie sich die Bilder gleichen"

sp - Heute früh erhielten wir von einem sehr regierungsfreundlichen Kollegen einen merkwürdigen telefonischen Anruf. Aufgeregt fragte der gute Mann, ob wir schon gelesen hätten, daß die Amerikaner gemeinsam mit den westlichen Alliierten einen Stufenplan für die Wiedervereinigung Deutschlands entwickelt hätten. Natürlich hatten wir das schon gelesen. Dann ergab sich folgendes Gespräch: "Können Sie mir den Deutschland-Plan der SPD schicken, ich möchte ihn mit den Vorschlägen der Amerikaner vergleichen." - "Aber Sie müssen doch unseren Plan schon haben, Sie haben doch einen großen Leitartikel dagegen geschrieben." - Tiefes Schweigen.

Selbstverständlich haben wir dem Kollegen sofort noch einmal den Deutschland-Plan der SPD geschickt ...

* * *

Die amerikanischen Vorschläge, die sicher nicht zuletzt auch auf das Drängen von Macmillan entwickelt wurden, haben tatsächlich in ihrem Kern einen "Stufenplan". Man spricht darin u.a. von einer "lockeren Konföderation der beiden Teile Deutschlands", der "Bildung eines Gesamtdeutschen Rates", einer "Beratenden Versammlung", um zu guter Letzt freie gesamtdeutsche Wahlen anzusteuern.

Wenn die über diesen amerikanischen Plan jetzt veröffentlichten Nachrichten zutreffen, dann haben die westlichen Außenminister das bisher gültige Prinzip des "Alles oder Nichts" aufgegeben. Sie haben sich auf gewisse Realitäten eingestellt, die sich kaum durch Hinweise auf die Anzahl vorhandener Atomraketen aus der Welt schaffen lassen.

Noch ist unklar, welche Rolle die Regierung der Bundesrepublik bei der Entwicklung bis zu diesem Punkt gespielt hat. Es gibt gewisse Anzeichen dafür, daß Brentano bremsen wollte, weil er meinte, in der Haltung seiner westlichen Kollegen eine "Ausweichung" feststellen zu können. Die nächsten Tage werden bereits zeigen, ob die Vermutungen über die Haltung Brentanos richtig sind. Zweifellos steht heute jedoch schon fest, daß die offizielle Bonner Außenpolitik in der jüngsten Vergangenheit alles Mögliche und Unmögliche versucht hat, um eine Entwicklung im westlichen Lager zu verhindern, die heute sichtbar wird.

In dieser Situation ist eine Feststellung notwendig:

Ganz gleich, wie man im Einzelnen den Deutschland-Plan der SPD beurteilt - seine Existenz hat dazu beigetragen, die Diskussion in Fluß zu bringen. Die im Deutschland-Plan der SPD enthaltenen Vorschläge für die Stufenentwicklung sind realer Bestandteil der großen internationalen Diskussion über die Berlin-Frage, das Deutschland-Problem und die europäische Sicherheit geworden.

+ + +

Bilanz der Informationsgespräche in Jugoslawien

Von Ludwig Metzger, MdB

Der Informationsbesuch der Delegation der SPD-Bundestagsfraktion - Teilnehmer: Fritz Erler, Kurt Matlack, Ernst Paul und Ludwig Metzger - war im Hinblick auf viele Gebiete ertragreich. Nichts jedoch konnte uns mehr interessieren als das Fazit aus den Erfahrungen, die die führenden Männer Jugoslawiens mit den Sowjetrussen gemacht haben.

"Man sollte vor Verhandlungen mit den Russen keine Angst haben", meinte das Mitglied des Präsidiums des Bundesausschusses des Sozialistischen Bundes Jugoslawiens und der Vorsitzende der Kommission für Auslandsbeziehungen des Sozialistischen Bundes, Veljko Vladovic. Das kleine Jugoslawien sei schließlich das beste Beispiel dafür, daß man mit den Sowjetrussen sprechen und sogar Kompromisse schließen könne, ohne sich selbst aufzugeben. "Wir haben", führte er weiter aus, "die russische Note als eine Imitation begrüßt. Aber, man muß Gegervorschläge machen, sonst kann man nie die wirkliche Meinung der Sowjets erfahren." Den Plan der SPD sehe er als einen guten Ausgangspunkt an; er sei voll von Dynamismus, treffe die Situation und sei realistisch. Ein gutes Klima sei die erste Bedingung, ohne das kein erfolgreiches Gespräch möglich sei. Die europäische Sicherheit sei entscheidend wichtig für die Welt. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man den Rapacki-Plan betrachten. Der Einfluß eines wiedervereinigten Deutschlands in ein System europäischer Sicherheit sei der einzige Weg zur Lösung der schwebenden Probleme.

Außenminister Popovic sah es als klar an, daß in der heutigen Phase der russische Vorschlag in der Berlin-Frage nicht angenommen werden könne. Durch ihn werden von Westen einseitige Konzessionen verlangt. Er sei mit Vlakovic der Meinung, daß beiderseitige Konzessionen nötig seien. Das Beharren auf ganz starren Positionen führe zu keinem Ergebnis. Ein Fortschritt auf einem Gebiet begünstige den Fortschritt auf anderen Gebieten. Die Erklärung Chruschtschows gegenüber Carlo Schmid und Fritz Erler in Moskau, er habe nichts dagegen, daß die Bundesrepublik in der NATO bleibe, möchte er nicht zu ernst nehmen. Chruschtschow könne auf die Dauer nicht von dem Wunsch abkommen, daß die Bundesrepublik nicht einseitig militärisch orientiert sei und daß Deutschland aus den Blöcken herausgelöst werde. Der Status quo könne, selbst wenn er legalisiert sei, keine dauernde Lösung sein.

Interessant und bedeutsam war uns, daß der Plan der SPD wie von Vlakovic so auch von den drei anderen Gesprächspartnern, Außenminister Popovic, Alois Rebier, den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der Bundesvolksversammlung, und W. Ivekovic, den Präsidenten des Bundesrates der Bundesvolksversammlung und früheren jugoslawischen Botschafter in Bonn, als realistisch angesehen wurde. Unabhängig von ihnen vertraten in getrennten Gesprächen Ministerpräsident Kardelj und Staatspräsident Tito den gleichen Standpunkt.

Unsere Darlegung, daß vertragliche Vereinbarungen der beteiligten Mächte, die die Spaltung Deutschlands aufrecht erhalten, den Frieden der Welt gefährden, wurden von allen Gesprächspartnern als richtig anerkannt.

Auch die Gespräche in Belgrad und auf der Insel Brioni (mit Tito) haben mit Eindringlichkeit gezeigt, wie schlimm es ist, daß die Bundesregierung jede Initiative vermissen läßt. Wir Sozialdemokraten glauben gegenüber den so unsachlichen und zum Teil böartigen Ausfällen unserer politischen Gegner zu unserem Deutschland-Plan behaupten zu dürfen, daß unsere Bemühungen nicht parteipolitischen oder parteitaktischen Interessen, sondern dem Wohle unseres Volkes zu dienen geeignet sind. + + +

Soziale Unruhe in Belgien.

Brüssel, Anfang April

Eine soziale Unruhe geht zur Zeit durch Belgien. Sie ist eine zwangsläufige Folge der "Regression", des wirtschaftlichen Rücklaufs, der alle Länder Europas mehr oder weniger sichtbar belastet. Diese Krise war unvermeidlich und wenn in Belgien ihre Auswirkungen durch die Zeit der Weltmarktsstellungs-Konjunktur auch gemildert sind, so sind sie trotzdem fühlbar genug, um Misstimmung und Unzufriedenheit auszulösen. Es ist vor allem die Sorge um den Arbeitsplatz, die die Massen in Erregung versetzt. Das war in der Borinage so, als die Bergarbeiter ihre einzige Waffe anwandten, über die sie verfügten, um die drohende Schließung mehrerer Gruben zu verhindern - den Streik.

Aber das Problem stellt sich nicht nur beängstigend in den Gruben. Es stellt sich auch in anderen Zweigen der Produktion. Der Absatz vermindert sich, die Gewinne fallen rapide und dieser Konjunkturschwund wird oft von den Unternehmern dazu benutzt, ihre Betriebe stillzulegen. Das Recht zur Stilllegung ist gewiss nicht unbeschränkt; es müssen gewisse Voraussetzungen gegeben sein. Aber die Arbeitnehmer sind der Ansicht, dass viele Unternehmer zu schnell bei der Hand sind, den "Laden dicht zu machen" und dass die Zukunft der Arbeiter, die von der Hand in den Mund leben und die ohne Arbeit sind, sie wenig bekümmert.

Um noch einmal kurz auf die Borinage zurückzukommen -: auch hier geht nicht alles rund. Die Bergwerksbesitzer machen Schwierigkeiten, was die Bezahlung der Tage des jüngsten Streiks angeht. Auch die Prämie zum Jahresende, die erst zur Hälfte bezahlt ist, steht noch zu fünfzig Prozent offen.

Die Regierung hatte sich bereit erklärt, diese Zahlungen zu bevorschussen, aber die Unternehmer haben sich störrisch gezeigt und die Verhandlungen sind bisher ohne Resultat geblieben. Die Gewerkschaften sind über diese Haltung der Grubenbesitzer sehr empört und haben mit einer Schärfe ohne Beispiel dieses Verhalten vor der Öffentlichkeit gegeißelt. Das Nationalkomitee der Zentrale der Bergarbeiter, die den sozialistischen Gewerkschaften angeschlossen ist, erklärt in einer Entschliessung, dass die Haltung der Bergwerksbesitzer "fanatisch reaktionär" sei und wendet sich "mit letzter Energie dagegen, dass die Unternehmer versuchen, die Bergarbeiter für ihren Generalstreik vom Februar zu bestrafen", indem sie sich mit Hartnäckigkeit gegen die Zahlung der zweiten Rate der Prämie wenden. Da die Unruhe bereits wieder sehr stark unter den Kumpels ist, fordert die Zentrale die Bergarbeiter auf, sich bereit zu halten und auf jedes Lösungswort der Organisation einmütig zu antworten.

Schwarze Fahnen über Gent

Während so in der Borinage die Spannung von neuem wächst, ist im Herzen von Flandern, im Bezirk von Gent, in dem die christlichen Gewerkschaften eine wesentliche Rolle spielen, ein Generalstreik von 24 Stunden durchgeführt worden. Hier sind die Arbeiter der Textilindustrie in Bewegung geraten, weil eine Textilfabrik in der Umgebung von Gent

Gent gezogen und haben in einer mächtigen Kundgebung, die von den sozialistischen und den christlichen Gewerkschafter gemeinsam einberufen worden war, ihrer Entrüstung über die immer mehr um sich greifenden Betriebsstillegungen Ausdruck gegeben. Redner beider Gewerkschaften sprachen zu den Massen, die, was hervorzuheben ist, die Sympathie der gesamten Bevölkerung hinter sich haben, einer Bevölkerung, die ebenso spontan reagiert, wie die der Borinago, weil die Verarmung der Arbeiter zwangsläufig andere Schichten der Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen würde.

Die Sozialisten haben hier eine Initiative im Parlament ergriffen, die sicherlich auch bei den Regierungsparteien auf keinen Widerspruch stossen wird. Sie haben einen Gesetzesantrag gegen den Missbrauch der Betriebsstillegungen eingebracht. Die Unternehmer sollen nach diesem Gesetzesvorschlag in Zukunft verpflichtet sein, vor jeder Absicht, eine Fabrik stillzulegen, der Regierung vorher Mitteilung zu machen. Erst ein Jahr nach dieser Mitteilung soll das Recht gegeben werden, die Schliessung zu praktizieren, wobei der Regierung die Vollmacht gegeben werden soll, diesen Termin abzukürzen oder auch zu verlängern. Nach erfolgter Schliessung ist, so verlangt der Entwurf, den brotlos gewordenen Arbeitern eine Entschädigung von sechs Monaten bis zu zwei Jahren ihres Lohnes zu zahlen, gestaffelt nach den Arbeitsjahren der Betroffenen.

Zehntausende Grenzgänger in Sorge

Ein anderer Konflikt beunruhigt noch die Öffentlichkeit. Seit mehreren Wochen befinden sich die sogenannten "Grenzgänger", die in den französischen Betrieben des Nordens, in den Bezirken von Roubaix, Armentières, Mouscron, Menin und Wervicq arbeiten, im Ausstand. Es handelt sich um Zehntausende von Grenzgängern, die seit Jahren in zahlreichen Betrieben beschäftigt sind und die die finanziellen Massnahmen, die Franzabwertung, sehr schwer geschädigt hat. Da die französischen Unternehmer, übrigens auf Intervention ihrer Regierung, sich nicht bereit erklärten, die Ausgleichs-Differenz zu zahlen, traten die Arbeiter in den Ausstand.

Langwierige Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen kamen nur langsam zum Zuge, da die Franzosen sich lange weigerten, den berechtigten Forderungen der Grenzarbeiter Rechnung zu tragen. Es kam zu Demonstrationen, die zu Krawallen führten, in die die Gendarmerie mit Tränengasbomben eingreifen musste.

Schliesslich fand man eine tragbare Lösung, die zwar die Arbeiter nicht voll befriedigte, aber immerhin annehmbar für sie war. Gegen eine starke Minderheit - fast fünfzig Prozent - wurde beschlossen, den Streik zu beenden.

Aber die Krise ist nicht gelöst, da sich zahlreiche Unternehmer weigerten, die streikenden Arbeiter wieder einzustellen. Viele Grenzgänger, die den gewohnten Weg über die Grenze angetreten hatten, um ihre Arbeit wieder aufzunehmen, mussten unverrichteter Dinge wieder nach Hause zurückkehren. Es versteht sich am Rande, dass dieses neue Stadium des Konflikts, der schon gelöst schien, aufs neue eine starke Erregung in die Grenzbevölkerung getragen hat.

21 April 1959

Deutsches Geld für den Krieg in Algerien?

Paris, Anfang April

Seit der Pressekonferenz von Staatschef de Gaulle, in der dieser den Deutschen empfahl, die jetzige Oder-Neisse-Linie anzuerkennen, hat sich das Verhältnis zwischen Bonn und Paris spürbar verschlechtert. Geheilverhandlungen, in denen angeblich über die Freihandelszone gesprochen werden sollte, die aber in Wirklichkeit der Frage deutscher Kapitalinvestitionen in Nordafrika dienten, sind ins Stocken geraten. Das ist aber nicht nur auf die Pressekonferenz de Gaulles zurückzuführen, sondern auch auf die Tatsache, dass die deutschen Interessenten für Kapitalinvestitionen in Nordafrika in der Zwischenzeit von französischen Bankkreisen gewarnt worden sind.

In Paris glaubt man nicht mehr daran, dass de Gaulle noch über genügend Einfluss verfügt, um den Algerienkrieg bald beenden zu können. Andererseits sind die französischen Bankkreise überzeugt, dass Frankreich nicht mehr lange ein Heer von 600 000 Mann in Nordafrika unterhalten kann. Jede Kapitalinvestition, die jetzt in Algerien vorgenommen wird, um auf dem Weg über die wirtschaftliche Befriedung Algerien wieder fest in die Hand zu bekommen, ist daher unsicher. Aus diesem Grunde gibt es auf dem französischen Kapitalmarkt sehr wenig Interessenten für Investitionen in Nordafrika. Der Versuch, auf dem deutschen Kapitalmarkt Interessenten zu finden - ein Gedanke, der besonders bei dem letzten Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer eine Rolle gespielt hat - sollte mit der französischen Unterstützung der Bonner Deutschland-Politik "kompensiert" werden. Das ganze Kartengebäude droht zusammenzufallen, weil jetzt der deutsch-französische private Kapitalmarkt von dem Nordafrika-Geschäft abdrückt.

Wie hier bekannt wurde, haben in den letzten Tagen französische Versuche eingesetzt, die Bundesregierung dazu zu bewegen, an Stelle der ursprünglich beabsichtigten privaten Kapitalbeteiligungen in Nordafrika das Volumen westdeutscher Staatsbeteiligungen zu vergrößern. Wie es heisst, will man untersuchen, ob man das gewünschte Ziel nicht auf dem Weg über "Verteidigungsbeteiligungen" erreichen kann. Da die französische These - "Wir kämpfen in Algerien gegen den Bolschewismus" - nach wie vor aufrecht erhalten wird, hofft man in Paris besonders beim Verteidigungsministerium in Bonn Unterstützung zu finden.

Geschichtsklitterung!

W.L. - Vor 20 Jahren, am 1. April 1939, wurde in Spanien der blutige Bürgerkrieg beendet. Über eine Million Tote, Elend und Trümmer waren das Ergebnis dieses Krieges. Der Sieger hieß Franco. Mit Hilfe deutscher und italienischer Faschisten hatte es der Usurpator Franco vermocht, die demokratische Republik Spanien zu besiegen. Die Folgen seines Triumphes über die republikanischen Freiheitskämpfer sind mehr als bekannt. Die Demokratie wurde von der Diktatur abgelöst, der willkürliche Terror gegen die besiegten Gegner wurde zum Prinzip, die Gefängnisse und Lager füllten sich mit politischen Gefangenen. Noch heute, 20 Jahre danach, wird jede Opposition mit Gewalt unterdrückt. Noch heute sind Verhaftungen und Folterungen Andersdenkender in Spanien Francos nichts Ungewöhnliches.

Der Gewaltstreich Francos gegen die demokratische Republik Spanien führte zur Isolierung des Diktators in der freien Welt. Franco wurde verabscheut. Lange blockierten die Uno-Mitgliedstaaten Spanien. Aber diese Zeiten sind vorbei. Franco ist aus militärisch-strategischen Gründen als Partner der westlichen Welt entdeckt und akzeptiert worden. Das von einem Diktator beherrschte Spanien ist zu einem Hilfglied in der Kette der Nato-Bastionen geworden. So wollten es die Amerikaner. Die Bundesregierung zieht natürlich kräftig mit.

Nun sieht es aber nicht gut aus, wenn man einen Franco als Partner akzeptiert. Was tun? Man muß ihn in der öffentlichen Meinung aufwerten. Tatsachen lassen sich aber nicht aus der Welt schaffen möchte man meinen. Doch das ist ein überholter Kinderglaube. Bei uns in der Bundesrepublik gibt es anscheinend keine Werte, keine Vorstellungen von gut und böse, die einige Leute mit Hilfe entsprechender Medien nicht in kurzer Zeit völlig umzudrehen gewillt sind.

Wer es nicht glaubt, hätte die Tagesschau des deutschen Fernsehens am letzten Dienstag sehen sollen. Dort nahm man einen Bericht über die Einweihung des Franco'schen Escorial, der spanischen Monumental-Walhalle, zum Anlass, in einer Rückschau die Geschehnisse des Bürgerkrieges so darzustellen, wie es heute, entsprechend der offiziellen Politik opportun ist. Über die Ursachen des Bürgerkrieges verlor man kein Wort. Die Gegner Francos waren nach dem Kommentar ausschließlich die "roten Brigaden", die von den Sowjets mit Waffen und Kommissaren versorgt wurden. Franco dagegen hatte die Unterstützung Deutschlands und Italiens. Kein Wort darüber, daß dieses Deutschland damals genau so faschistisch war, wie Franco. Kein Wort darüber, daß von den Faschisten eine demokratische Republik zu Tode gekämpft wurde. Daß auf republikanischer Seite der größte Teil des spanischen Volkes und freiheitsliebenden Menschen aus der ganzen Welt, auch aus Amerika, kämpften. Stattdessen die Behauptung, Franco sei auf seinen Vormarsch von der Bevölkerung als Befreier bejubelt worden...

Dann beschäftigte man sich mit Franco als Politiker, Diplomat und Staatsmann. Seine Methoden der Unterdrückung bleiben unerwähnt. Kurzum, man brachte den Fernsehern mit einer gut gespielten, aber deshalb umso bössartigeren Naivität bei, daß dieser Franco im grossen und ganzen, von einigen kleinen Schönheitsfehlern abgesehen, ein Mann ohne Fehl und Tadel ist. Ein Mann also, dem man als politischen Partner durchaus schätzen darf.

Wir haben vom Fernsehen in dieser Art schon einiges erlebt. Was aber in den kurzen 5 Minuten Tagesschau am letzten Dienstag geboten wurde, kann man nur mit einem treffenden Wort bezeichnen: Geschichtsklitterung.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschaffel